Kindergarten bis zu 50 Prozent teurer

1. August: Kindertagesstätten werden teurer / Ausschuss diskutiert über drei Varianten

Es gibt einen Ratsbeschluss. Und es gibt die Realität. Die dazwischen klaffende Lücke soll geschlossen werden, Verwaltung und Politik suchen nach dem richtigen Weg, um die Kindergartengebühren zu erhöhen. Drei Varianten wurden im Fachausschuss vorgestellt, im schlechtesten Fall steigen die Gebühren für Kinder, die 9,75 Stunden betreut werden, um fast 50 Prozent.

Obernkirchen. Wie in anderen Kommunen und Städten auch, sind Kindertagesstätten in der Bergstadt ein riesiges Zuschussgeschäft. Seit 2003, so Bürgermeister Oliver Schäfer im Finanzausschuss, habe man an der Gebührenschaube nicht mehr gedreht, aber seither seien die Kosten in allen Bereichen stark gestiegen. Einer Einnahme von 723 000 Euro standen 2009 Ausgaben von 1,78 Millionen Euro gegenüber – das bedeute einen Zuschuss von über einer Million für alle vier städtischen Einrichtungen. Die Einnahmen fließen über die Gebühren der Sorgeberechtigten, die neun Prozent des Gesamtetats ausmachen, Zuschüsse öffentlicher Stellen – etwa für das Personal – liegen bei 19 Prozent, zehn Prozent setzen sich aus Ersatzleistungen der öffentlichen Stellen zusammen, zwei Prozent gibt es als sogenannte Erstattung, etwa für das zur Verfügung gestellte Essen. Den großen Rest schießt die Stadt zu: rund 60 Prozent. Die Stadt möchte den Deckungsgrad der Elternbeiträge und der Ersatzleistungen (wieder) bei 25 Prozent sehen. Grundlage ist ein Ratsbeschluss aus dem Jahr 2003. Die Kindergartenstunde pro Kind, so rechnete die Verwaltung vor, koste 5,59 Euro, von denen 0,52 Euro derzeit die Sorgeberechtigten beitragen. Drei Varianten, um den Kostendeckungsgrad von zurzeit 21 auf die gewünschten 25 Prozent zu heben, hat die Verwaltung ermittelt und neben der Politik auch dem Stadtkindergartenelternbeirat vorgestellt, mit dem am kommenden Dienstag in der Sitzung des Ausschusses für Sport und Familie auch das sogenannte Benehmen hergestellt werden muss. Das bedeutet indes lediglich eine ausführliche Berichtspflicht, aber keine Übereinkunft wie beim Einvernehmen. Variante eins legt Kosten für eine Stunde von 20 Euro bei den Kindern zugrunde, die 4,5 Stunden (Pflichtangebot) betreut werden: Monatlich müssen – wie bislang – hier 90 Euro gezahlt werden. Alle längeren Angebote sind freiwillige Angebote. Wer sein Kind sechs Stunden betreuen lässt, zahlt 120 Euro (eine Erhöhung von 9 Prozent), bei 9,75 Stunden werden 195 Euro fällig: Das ist ein Plus von 21,88 Prozent. Variante zwei legt einen Stundensatz von 22 Euro zugrunde, in der niedrigsten Kategorie – 4,5 Stunden Betreuung – steigen die Gebühren um zehn Prozent, in der längsten Betreuungszeit – 9,75 Stunden – sind 214,50 Euro zu zahlen: Das ist eine Steigerung von über 34 Prozent. Am stärksten steigen die Gebühren in der dritten Variante, die einen Stundenbetrag von 24,44 Euro pro Monat vorschlägt. Wer sein Kind 9,75 Stunden betreuen lässt, zahlt 238,29 Euro – eine Steigerung von genau 48,93 Prozent. Die neuen Gebühren, die ab dem 1. August gelten sollen, würden in diesem Jahr zusätzliche Einnahmen von 8679 Euro (Variante I), 20 970 Euro (Variante II) oder 35 674 Euro in Variante III bedeuten. Auf zwölf Monate gesehen, würde die Stadt pro Jahr 20 830 Euro, 50 328 Euro oder 85 618 Euro mehr Einnahmen verzeichnen können – je nach Variante. Der Deckungsgrad aus Gebühren und entsprechenden Ersatzleistungen würde, ebenfalls je Variante, von 23,34 bis 26,98 Prozent steigen – worauf die Stadt im besten Fall „nur“ noch 54,6 Prozent decken müsste. Für eine Betreuung von mehr als acht Stunden in dem für die Eltern letzten, dem gebührenfreien Kiga-Jahr soll ein Betrag von 22 beziehungsweise 33 Euro je nach Dauer erhoben werden. Diese Regelung ist in dem Gesetz ausdrücklich erlaubt. Für Horst Sassenberg und Heinrich Struckmeier war der Fall schnell klar: Die beiden Christdemokraten erklärten, einer Erhöhung der Gebühren nur zuzustimmen, wenn auch eingespart werde. Das werde schwer, antwortete Schäfer: Beim Personal sie man an die Tarifverträge gebunden, das könne man nicht beeinflussen. Also werde wohl nur die Kindergartenstruktur für Einsparungen bleiben. Die Verwaltung, ließ Schäfer durchblicken, werde, in der nächsten Woche im Ausschuss für Jugend, Familie und Sport ab 17 Uhr im Rathaus-Sitzungssaal Vorschläge unterbreiten. Schäfer erwartet dann eine Abstimmung zu den Gebühren, damit der Zeitplan eingehalten werden kann. Für die Politik wird es damit eng: Die entsprechenden Sitzungen der Fraktionen sind erst einen Tag später angesetzt. Auch die SPD schloss sich der CDU-Meinung an. Es könne nicht allein auf Kosten der Eltern gehen, führte Jörg Hake aus und sprach mit Blick auf die letzten Posten bei Variante III von einer „überdimensionalen Erhöhung“. Hake: „Das geht nicht, auch wenn wir jahrelang nicht erhöht haben.“ Hake sprach sich für Variante I aus: Danach solle man schauen, ob bei der Gruppenbelegung gespart werden könne – das sei das richtige Signal an die Eltern. Reiche dies nicht aus, müsse man 2012 die „bittere Pille“ verabreichen. Sassenberg verwies noch auf Vehlen und den dortigen Kindergarten: „Wann ist das Provisorium zu Ende?“ Schließlich gingen die Pläne im Rahmen der Dorferneuerung in eine ganz andere Richtung: Dort solle ein Zentrum entstehen. „Wir können nicht immer weniger Kinder haben – und alles beibehalten“, meinte Sassenberg. Mehrheitlich entschied sich der Ausschuss schließlich für Variante II: Es werden 22 Euro pro Stunde zugrunde gelegt. Daneben sollen von der Stadtverwaltung noch zwei weitere Modelle ermittelt werden: Eine erweiterte Vormittagsbetreuung zu je 22 Euro je Stunde durchgehend; und die Ganztagsbetreuung zu je 20 Euro durchgehend je Stunde sowie ein Modell mit einer maximalen Gebührenanpassung von 20 Prozent bei den längeren Betreuungszeiten.

rnk